



Dr. Renate Sommer, MdEP

Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in der Türkei

Starke Zivilgesellschaften und bürgerschaftliches Engagement sind wesentliche Komponenten aller demokratischen Systeme und sollten als solche auch von den staatlichen Institutionen anerkannt werden. In der Türkei allerdings herrscht ein politisches Klima, das bürgerschaftliches Engagement nahezu unmöglich macht. Zunächst hatte sich die Situation für Nichtregierungs-Organisationen im Zuge des EU-Beitrittskandidatenstatus des Landes stark verbessert, denn die EU legt nun einmal großen Wert auf die Einbindung der Zivilgesellschaft, was sich auch in finanzieller Förderung ausdrückt. Im Rahmen der so genannten Heranführungshilfe, die an alle Beitrittskandidaten zur Anpassung an die EU-Standards gezahlt wird, fließt im Fall der Türkei der größte Anteil (1,58 Milliarden Euro bis 2020) in die Förderung von Reformen zur Vorbereitung der Unionsbürgerschaft. Dazu zählt unter anderem die stärkere demokratische Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen. Das mag in der heutigen Situation wie Hohn klingen, aber solange die Türkei ein EU-Beitrittskandidat ist, hat sie einen rechtlichen Anspruch auf diese Finanzhilfen.

Bereits seit einigen Jahren entwickelt sich das Land mehr und mehr zurück. Anliegen von unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden kaum in Gesetzgebungsprozessen berücksichtigt. Stattdessen haben Einschüchterungen, zahlreiche Verhaftungen von Menschenrechtsaktivisten und die Schließung einer großen Anzahl von Organisationen – nicht erst seit dem Putschversuch im vergangenen Jahr – zu einer rapiden Verschlechterung der Situation geführt. Als Reaktion auf die massiven Grundrechtsverletzungen ordnete die Europäische Kommission vor kurzem an, die EU-Heranführungshilfen umzuschichten und verstärkt in Programme zur Unterstützung von Zivilgesellschaft, Demokratie und Bildung fließen zu lassen. Ob es derartige Programme aber noch weiterhin geben wird, ist mehr als fraglich. Die türkische Zivilgesellschaft, so sie denn nicht ausschließlich der Regierungspartei und dem Staatspräsidenten zujubelt, hat nun schlichtweg keine Möglichkeiten mehr, sich aktiv in das öffentliche Leben einzubringen.

Einhergehend mit dem immer autoritäreren Führungsstil des türkischen Präsidenten verschlechterten sich auch die Beziehungen der EU zur Türkei. Über Jahre hinweg hat Erdogan das Land Schritt für Schritt immer weiter von den europäischen Grundwerten entfernt. Stattdessen versucht er, den türkischen Staat nach seinen persönlichen Wertvorstellungen neu zu ordnen. Die Aufhebung des Kopftuchverbotes, fortlaufende Versuche der Geschlechtertrennung an Schulen und im öffentlichen Raum und Alkoholverbote sind nur einige Bei-

sowie hierfür. Die geplante Verfassungsreform hin zu einer Präsidialdiktatur, unter völliger Entmachtung des nationalen Parlaments und Aufhebung der Gewaltenteilung, ist der letzte Akt. Damit wäre die „neue Türkei“ ohne bürgerliche Freiheiten endgültig Realität.

Die aktuellen Spannungen zeigen erneut, welches Selbstverständnis dieser Präsident hat. Die beispiellose Jagd auf Oppositionelle und Kritiker, die Zerschlagung und Enteignung von Unternehmen, die zahlreichen Verhaftungen von Journalisten, Sippenhaft und Spitzeltum haben ein Klima der Angst geschaffen. Zivilgesellschaftliches Engagement steht unter dem Generalverdacht der Unterwanderung und des Umsturzversuchs. Selbst Hilfsorganisationen, die Krankenhäuser betrieben und Armenhilfe geleistet hatten, wurden enteignet und verboten.

Gleichzeitig übt sich die türkische Regierung, schon lange ein Marionettentheater des Präsidenten, zusammen mit diesem in unerträglichen Provokationen gegenüber Deutschland, den Niederlanden, Österreich und der gesamten EU. Mit diesem Affront verfolgt Erdogan, der massiv gegen einen EU-Beitritt seines Landes ist, gleich zwei Ziele: Erstens inszeniert er sich vor seinen Anhängern als starker Mann, und zweitens will er erreichen, dass es die EU ist, die die Zusammenarbeit mit der Türkei endgültig abbricht – nicht umgekehrt. Er versucht also, uns den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben.

Deshalb müssen wir jetzt klug handeln. Wir dürfen uns nicht provozieren lassen. Allen Beteiligten ist völlig klar, dass ein EU-Beitritt der Türkei nicht stattfinden wird. Aber selbst Herr Erdogan weiß, dass die politische Kooperation EU-Türkei für beide Seiten unerlässlich ist. In vielen Bereichen (Wirtschaft, Kampf gegen islamistischen Terror, Energieversorgung) werden wir auch in Zukunft aufeinander angewiesen sein. Da die EU der wichtigste Handelspartner der Türkei ist und Erdogan sich ein noch weiteres wirtschaftliches Abgleiten seines Landes innenpolitisch nicht leisten kann, konzentrieren wir uns nun auf die Zollunion EU-Türkei. Dieses Abkommen besteht seit 1995 und hat der Türkei einen wirtschaftlichen Aufschwung beschert, und es wird künftig wahrscheinlich die letzte Verbindung dieses Landes mit der EU sein. Wir schlagen der Türkei eine Modernisierung und Erweiterung der Zollunion (z.B. auf Agrarprodukte und Dienstleistungen) vor, wollen dies aber von Seiten des Europäischen Parlaments an Bedingungen, wie Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, knüpfen. Nur so können wir weiterhin einen gewissen Einfluss ausüben, um die türkische Zivilgesellschaft in Zukunft zu unterstützen. Das sind wir nicht zuletzt den unschuldig verfolgten Menschen dort schuldig.

Autorin

Dr. Renate Sommer, MdEP ist seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie war über 10 Jahre Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, wechselte aber 2009 in den Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Zudem ist sie Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Dr. Renate Sommer, MdEP

ist seit 1999 Mitglied des Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei und ständige Türkei-Berichterstatterin der christdemokratischen EVP im Europäischen Parlament.

Kontakt: renate.sommer@ep.europa.eu

Weitere Informationen: www.renate-sommer.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de